



Verleger: Herrmannsdr. in Breslau 5 Markt, Wochen-Abonnement, 50 Pf., außerh. pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Inseratengebühr für den Raum einer sechsstelligen Zeitungs-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 132. Mittag-Ausgabe.

Siebenundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Sonntag, den 18. März 1876.

## Deutschland.

### Landtags-Verhandlungen.

#### 29. Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. März.

11 Uhr. Am Ministerische Camphausen, Falk, Adenbach, Friedenthal, Ministerialdirector Greiff, Geh. Rath Knerl, Dahrendorf, Hoffmann u. A.

Das Haus setzt die Beratung des Cultus-Etats fort. Zu Capitel 127, Titel 5 (Zuschüsse für die Elementarlehrer-Mittelschulen) wünscht Abg. Kropf eine Modification des Gesetzes vom 26. December 1869 dahin, daß die unterbezahlten Lehrer von der Beitragspflicht für diesen Zweck ausgeschlossen würden.

Der Regierungskommissar erwirbt, daß dies nicht möglich sei, da sonst das ganze Princip, auf dem das so überaus wohlthätig wirkende Gesetz beruhe, umgestoßen werden müßte.

Die Position wird bewilligt. Bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben sind in Titel 25 zur Erhaltung eines Gitters zum Abschluß des botanischen Gartens in Bonn 21,000 Mark ausgelegt.

Abg. Franzen wünscht Abhilfe der gesundheitsgefährlichen Verhältnisse, welche durch die Versumpfung des Bonner Schloßteiches gegenwärtig herbeigeführt werden.

Der Regierungskommissar erwirbt, daß seit längerer Zeit Verhandlungen über die Zurechtung dieses Teiches im Gange sind, die aber noch nicht zum Abschluß geführt werden konnten, da mannigfache Berechtigungen hierbei zu berücksichtigen sind.

Abg. v. Seydel bestritt die Nothwendigkeit der Zurechtung des Teiches, da die gerügten Verhältnisse durch die widerrechtliche Ueberleitung des Abflusses der benachbarten Brauerei in den Teich bewirkt worden seien.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 28 (Ankauf einer Baustelle für das in Danzig zu errichtende Gymnasium und zur ersten Einrichtung desselben) berichtet Namens der Budget-Commission Abg. Dr. Behrendsen über die Petition von Nöcker und Genossen, Bürger zu Danzig, um Nichtbewilligung der Kosten für Gymnasialgebäude, wenn dieselben auf dem jetzt in Aussicht genommenen Platz errichtet werden sollen.

Die Petenten führen aus, daß von den 17,000 Familien Danzigs 10,000 ostwärts von der Langgasse wohnen, westwärts dagegen und jenseits der Moltke, wo das neue Gymnasium erbaut werden soll, nur 2000; es sei daher die Wahl dieses Bauplatzes in keiner Weise gerechtfertigt. In Folge dieser Petition hat die Regierung eine Veranlassung genommen, einen Bericht des Oberbürgermeisters von Danzig, sowie des Oberpräsidenten der Provinz einzufordern. Derselbe sprach sich jedoch mit Entschiedenheit für die Zweckmäßigkeit der Wahl des Bauplatzes aus, da in der Altstadt nicht für ein Gymnasium, sondern nur für eine höhere Bürgerschule ein Bedürfnis vorhanden sei, deren Errichtung bereits in Aussicht genommen sei. Da der gesammte Magistrat und die Stadtverordneten sich diesen Ausführungen durchweg angeschlossen haben, so beantragt die Commission über die Petition zur Tagesordnung überzugehen. Der Antrag wird vom Hause angenommen.

Zu Tit. 38 (Bau von Seminargebäuden) fragt Abg. Schmidt (Sagan), warum in dem diesjährigen Etat noch keine Summe für ein Seminargebäude zu Sagan ausgeworfen ist, dessen Errichtung ein anerkanntes Bedürfnis sei.

Der Regierungskommissar Geh. Rath Weinert erwirbt, daß wegen Verzögerung der Ausarbeitung des Bauplans die Anweisung der ersten Rate für das betreffende Gebäude erst im nächsten Etat geschähen könne.

Die Position wird genehmigt.

Zu Tit. 78 (Vorbereitungen für ein Project zur Verbauung des nördlichen Theiles des Museumsinsel zu Berlin, 20,000 M.) bemerkt

Abg. Behrendsen, daß die Budgetcommission mit der Bewilligung dieser Summe keineswegs ein Präjudiz für die Bewilligung des künftigen definitiven Planes selbst habe schaffen wollen, daß das Haus vielmehr völlig freie Hand habe, über das künftige Project zu entscheiden.

Die Position wird bewilligt.

Zu Titel 80 (Bau eines Dienstgebäudes für das Geodätische Institut 1. Rate 90,000 M.) beantragt die Budgetcommission, unter Bewilligung der verlangten Summe, in der Ueberschrift statt „Dienstgebäude“ zu setzen „Gebäude“.

Abg. Schmidt (Stettin) will zwar die geforderte Bau Summe für das geodätische Institut bewilligen, stellt aber zur Erwägung, ob dasselbe nicht durch eine neue Organisation wesentlich als Central-Institut für die europäischen Gradmessung arbeiten, dagegen für Preußen die astronomischen Functionen der Sternwarte und die Gradmessung an den Generalstab überweisen werden möge. In den europäischen Hauptstädten giebt es kein geodätisches Institut, sondern die einschlägigen Arbeiten werden von den genannten Organen ausgeführt. Die trigonometrische Abtheilung des Generalstabes gewährt bei den vorhandenen wissenschaftlich und technisch geschulten Kräften die Garantie, daß sie nicht bloß die Lösung praktischer Aufgaben zu übernehmen, sondern auch noch der für die europäische Gradmessung vorgeschriebenen Methode, wie ihre bisherige Thätigkeit beweist, der neuen Aufgabe vollständig gewachsen sein würde. Eine Behörde — die trigonometrische Abtheilung des Generalstabes — würde die Arbeiten schneller ausführen und das jetzige geodätische Institut seiner Hauptaufgabe als Centralbureau der trigonometrischen Abtheilung zu leiten, zu sammeln, zu arbeiten, vollständiger genügen können.

Regierungskommissar Coppel erklärt sich gegen die Veränderung, da auch in Frankreich eine besondere Behörde für die Gradmessung bestche. Der Antrag der Budgetcommission wird hierauf vom Hause angenommen, desgleichen die Resolution, die Regierung aufzufordern: Bei der Aufstellung der Bauanschläge zugleich die Kosten der inneren Einrichtung und Ausstattung der Gebäude zu lassen und dem Landtage bei der Forberung der ersten Rate den festgestellten Gesamtanschlag vorzulegen.

Außerdem beantragt die Budgetcommission: Die Regierung aufzufordern, eine den Staatsinteressen entsprechende Beschleunigung der großen Staatsbauten, welche der Verwaltung des Cultusministeriums angehören, herbeizuführen und zu dem Ende in dem Cultusministerium die nöthigen bautechnischen Kräfte anzustellen.

Referent Abg. Birchom: Es wird Ihnen aus früheren Verhandlungen bekannt sein, daß seit einer Reihe von Jahren die gewöhnlichen Anforderungen für die Entwicklung der Anstalten zu zurückgedrängt waren, daß es sich beinahe um Einrichtungen von solchem Umfange handelte, als ob man ganz neue Universitäten einrichtete. Namentlich sind es die Universitäten Kiel und Halle, welche auf das Aeußerste vernachlässigt waren. In Kiel ist bisher durch freiwillige Sammlungen und einen Zuschuß der Regierung eine nicht unbedeutende Summe aufgebracht worden. In Halle ist aber gar nichts und in Kiel seit dieser Zeit auch nichts weiter geschähen, als daß man mit dem Bau des eigentlichen Universitätsgebäudes begonnen hat, während es noch im Zweifel liegt, ob die übrigen Institute in irgend einer der vorgeschlagenen ähnlichen Form errichtet werden können. Im gegenwärtigen Etat ferner finden wir im Extraordinarium auch unter Königsberg die Vithellung, daß im Etat pro 1874 die erste Rate zum Neubau für das physikalische Institut bewilligt worden ist, dagegen über die Feststellung des Kostenanschlages noch Verhandlungen schweben. Dieser Bau ist nun einer von jenen, bei denen in Bezug auf die Sparbarkeit der Veranschlagung das Aeußerste geleistet worden ist; denn ich glaube, daß für dasselbe Institut in Berlin und Bonn eine viel höhere Summe verlangt werden wird. Aber nichtsdestoweniger hat man die Sache liegen lassen und die Pläne nicht weiter gefördert.

Noch schlimmer stehen die Verhältnisse in Halle. Hier handelt es sich darum, beinahe Alles neu zu bauen. Die Regierung hat sich zwar zu dem Zwecke in den Besitz eines großen Grundstücks gesetzt, um einen beträchtlichen Theil der Bauten auszunehmen. Auch wurden auf dem Etat des Jahres 1874 bedeutende Geldsummen sowohl zum Ankauf des Grundstücks, als auch für die Vorarbeiten für die geographische und die chirurgische Klinik, für die Anatomie und Bibliothek ausgelegt. Es wurde ferner auch von der Regierung ein Baumeister zur Bearbeitung dieser Projecte nach Halle geschickt, so daß schon nach kurzer Zeit von der Universität Projecte der oben

erwähnten Anstalten vorgelegt werden konnten. Die Projecte wurden auf Veranlassung der technischen Commission im Handelsministerium mehrere Male für unbrauchbar erklärt und neu ausgearbeitet. Es war ein langes Plannachen. Nicht weniger als drei Pläne für die Anatomie wurden in Halle gemacht und in Berlin verworfen, ebenso viele in Berlin gemacht und in Halle für unannehmbar erklärt. (Heiterkeit.) So ist es geschähen, daß von dem großen Anlauf, den man im Jahre 1873 nahm, nichts Anderes herborgegangen ist, als der Bau einer Halle für die permanente Ausstellung landwirtschaftlicher Maschinen. Da man in solchen Dingen auch sagen kann: Vox populi, vox dei, so will ich dem Hause einen kleinen poetischen Beweis meiner Mittheilungen vortragen, in dem Verse eines Gedichtes, das bei einem neulichen Comers in Halle gesungen worden ist, und die Situation, wie sie in Wahrheit ist, kurz und treffend darstellt. Der Vers lautet:

„Zwar der Bauplatz ist vorhanden,  
Pläne malt er viel, jedoch  
Unteressen will es scheinen,  
In bemosten alten Steinen  
Verbleiben wir wohl lange noch  
Doch der Bauplan muß von dannen  
Zum wievielten Mal schon ziehn,  
Und man singt ihm Schiedelieder,  
Denn sobald kommt er nicht wieder,  
Denn er geht ja nach Berlin.“

(Große Heiterkeit.) In Kiel sind die Verhältnisse ganz ähnlicher Art. Es handelt sich da um Bauten, welche außer dem eigentlichen Universitätsgebäude das chemische Laboratorium, das zoologische Museum, das pathologische Institut, die Anatomie, die Bibliothek, den botanischen Garten, das physikalische Institut und noch allerlei Terrainenarbeiten betreffen. Bei allen diesen Gebäuden schweben die Verhandlungen noch, und einzig und allein das Universitätsgebäude ist in Angriff genommen. Die Schuld dieser heillosen Verzögerung liegt in erster Reihe an der Häufung der Prüfungs-Anstalten. Hier muß durchaus eine Reformation der Verwaltung im Sinne der Vereinfachung stattfinden, wenn nicht die hochwichtigen Cultur-Interessen des Landes in der empfindlichsten Weise leiden sollen. (Sehr wahr! links.) In diesem Sinne bitte ich das Haus dringend, die Resolution anzunehmen.

Regierungskommissar Geheimrath Knerl weist darauf hin, daß in den letzten Jahren eine große Reihe von Bauten ausgeführt und in Bezug auf andere die Vorberhandlungen so weit geschähen seien, daß dadurch der von der Commission gestellte Antrag als erledigt zu betrachten sei.

Regierungskommissar Geheimrath Giersberg betont, daß, so oft an den genannten Instituten ein neuer Director angestellt werde, derselbe auch einen neuen Wunsch in Bezug auf den Bauplan habe und ein neues Programm aufstelle, so daß der Vorwurf der Verschleppung durchaus nicht die Regierung treffe.

Abg. Dr. Hammacher findet den ganzen Fehler der Frage darin, daß die Regierung so häufig Summen für Bauten fordere, über die sie noch keine Kostenanschläge gemacht, und die das Haus bewillige, ohne nähere Untersuchung der Sache.

Handelsminister Dr. Adenbach: Auch ich muß darauf hinweisen, daß vom Jahre 1872 an eine große Menge Anschläge gemacht und Bauten ausgeführt sind, daß es aber nicht möglich war, allen in früheren Jahren vernachlässigten und jetzt gleichzeitig ankündenden Bedürfnissen Genüge zu thun. Bei der früheren günstigen Finanzlage hat die Regierung viele Forderungen gemacht, ohne die genauen Pläne vorzulegen, und die Ausführung konnte natürlich nicht so rasch folgen; aber ich glaube, daß sich die betreffenden Gelehrten mit ihren Forderungen den Dank des Landes erworben haben, denn bei der jetzigen Lage würde es kaum möglich sein, mit denselben herzutreten, während wir so einem fait accompli gegenüberstehen. Im Uebrigen kann ich dem Antrag, wie er von der Budgetcommission gestellt ist, nur zustimmen und dessen Annahme empfehlen.

Die Resolution wird hierauf angenommen.

Endlich beschließt das Haus auf Antrag des Referenten Dr. Birchom, über eine Petition des Kreisphysikus Dr. Wiener, mit Rücksicht auf die Erklärung der kaiserlichen Staatsregierung, daß durch das Gesetz vom 28. Juni 1875 in Verbindung mit der zur Ausführung des § 18 des Reichsbeamten-Gesetzes vom 31. März 1873 ergangenen kaiserlichen Verordnung vom 21. Juni 1875 die Möglichkeit eröffnet sei, die Reiseflosten und Tagegelde der Kreis- und Kreisphysiken im Wege kaiserlicher Verordnung auf die für die Staatsbeamten überhaupt geltenden Sätze zu erhöhen, und daß in dieser Richtung zur Zeit zwischen den beteiligten Ministerien verhandelt werde und die baldige Regulierung der Angelegenheit in Aussicht stehe, — zur Tagesordnung überzugehen.

Hiermit ist die zweite Beratung des Cultus-Etats erledigt.

Es folgt der der Budgetcommission zur Vorberatung überwiesene Theil des Etats für das Handelsministerium.

Hierzu liegt folgender Antrag der Budget-Commission vor: Die Regierung aufzufordern: 1) Die Bau-Akademie durch Erweiterung des Lehrplans und entsprechende Heranziehung von Lehrkräften den Zwecken und Zielen einer Hochschule gemäß zu entwickeln. 2) Da der in dem gegenwärtigen Gebäude der Bauakademie zu beschaffende Raum für eine solche Hochschule unzureichend ist und auch das auf dem Terrain der Werderschen Mühlen projectirte Füllgebäude keine genügende und zweckentsprechende Ergänzung bieten kann, a. den Neubau auf dem Terrain der Werderschen Mühlen einzustellen; b. dem gegenwärtigen in Bezug der Unterrichtsräume in der Bauakademie herrschenden Nothstande durch miethweise Beschaffung anderweitiger Räumlichkeiten mit möglicher Beschleunigung abzuhelfen; c. dem Landtage in der nächsten Session Vorschläge zu einem Neubau an geeigneter Stelle zu machen. 3) Dabei die Frage einer sachverständigen Prüfung zu unterziehen, ob bei der inneren Verbindung der verschiedenen Zweige des höheren technischen Studiums es sich nicht empfiehlt, nach dem Beispiele aller übrigen deutschen Staaten die Bauakademie mit der Gewerbe-Akademie (eventuell auch mit der Vergalademie) zu einer einzigen, wenn auch in besonderen Abtheilungen gegliederten technischen Hochschule zu vereinigen und dieselbe einer collegialisch geordneten Leitung zu unterstellen. 4) In Erwägung zu ziehen, wie die Vorberhandlungen für die Aufnahme von Studierenden in die technischen Hochschulen des Staates unter Zulassung der erforderlichen Uebergangsfrist gleichmäßiger zu gestalten sind. 5) Für eine einheitliche Leitung sämmtlicher zu dem Ressort des Handelsministeriums gehöriger technischer Lehranstalten Sorge zu tragen. 6) Tit. 52 der einmaligen und außerordentlichen Ausgaben statt: „Zum Neubau eines Gebäudes für die Gewerbe-Akademie in Berlin, 2. Rate 150,000 Mark“ zu setzen: „Zur Vervollständigung der Kosten der Prüfung und Vorbereitung eines Projectes für eine technische Hochschule 150,000 Mark“ und unter dieser Ueberschrift die Summe zu bewilligen.

Abg. Dr. Behrendsen: Sie haben der Budgetcommission sowohl die ordentlichen wie die außerordentlichen Ausgaben für die Bau-Akademie, Gewerbe-Akademie und der beiden andern polytechnischen Institute in Preußen überwiesen und haben damit jedenfalls andeuten wollen, daß die Commission die Frage der höheren polytechnischen Schulen im Ganzen vorbereiten solle. Dies hat sie gethan und legt Ihnen nun Vorschläge vor, welche darauf hinauslaufen, bei der heutigen Lage der Sache noch einmal Halt zu machen und zu erwägen, nach welcher Idee und welchem Princip wir fortzuschreiten müssen. Ich bemerke hierbei gleich von vornherein, daß, wenn wir die Uebersicht von Mängeln fordern, die besonders in trauriger Weise an der Bau-Akademie bestehen, diese Bemerkungen ihre Spitze nicht gegen den Cultusminister richten und keine persönliche Polemik enthalten. Der Herr Handelsminister hat ja die Schäden schon in ihrer Entwicklung vorgefunden und hat sich bemüht, die Verhältnisse zu ändern, aber freilich die Wurzeln der Schäden sind bisher nicht berührt, und diese zu erkennen und ein neues Fundament zu gewinnen, ist der Zweck unserer Anträge. Im Jahre 1874 wurde der Regierung für den Ausbau der Bauakademie, deren Raum absolut nicht mehr zureichend war, auf ihre Forderung hin eine Summe von 60,000 Thlrn. bewilligt; diese Summe wurde bei wirtlich stattfindendem Bau in den Sommerferien 1875 um das Doppelte überschritten, denn es wurden 140,000 Thlr. verausgabt. Es ist dies eine Illustration zu den mancherlei

Klagen, die in Bezug auf unsere Bauweise schon früher geführt sind. Wenn man uns bemerkt, daß der Kostenanschlag nicht im Voraus mit Sicherheit aufgestellt werden konnte, so sage ich, daß es wohl selten einen Umbau gegeben hat, bei dem so genau die Kosten vorausgerechnet werden konnten, wie bei diesem, selbst die eventuellen Nacharbeiten, die Steigerung der Arbeitslöhne, weil die Fundamente dieses Baues schon bekannt waren, und daß eine solche Ueberschreitung nur stattfinden konnte, weil der Betreffende, der zuerst den Anschlag gemacht hat, sich die Dinge überhaupt nicht gehörig angesehen hatte.

Ich glaube, wir hätten hier alle Veranlassung, zu den strengen Grundsätzen des alten Preußen zurückzukehren, wie sie zur Zeit des absoluten Staates gehandhabt wurden, und wie sie sich in einer Orde des Königs Friedrich Wilhelm III. vom 9. October 1834 finden, wo der König seinen Entschluß fundirt, den Unfug mit den Anschlägen und deren Ueberschreitungen nicht dulden zu wollen. Was nun den Umbau anlangt, so will ich nicht auf seine Details eingehen; jedenfalls ist auch in dieser jetzigen umgebauten Gestalt die Bauakademie nicht im Stande, die nöthigen Räume zu gewähren für die entwickelten Lehrzwecke, die wir von ihr fordern. Nun hat man die Aufmerksamkeit auf einen projectirten Füllbau auf dem Grundstück der Werderschen Mühlen gelenkt, für welchen wir bisher 160,000 Mark bewilligt haben. Die Budget-Commission hält es für unmöglich, mit diesem Baue vorzugehen, denn einestheils würde er zu ungeheuren Summen verschlingen und andertheils nicht genügen, z. B. würde es nicht möglich sein, die Karten und Modelle für die einzelnen Vorlesungen von der Bauakademie nach diesem 150 Meter entfernten Gebäude zu schaffen, besonders nicht bei schlechtem Wetter. Man scheint überhaupt das Project fallen gelassen zu haben, so daß ich nicht weiter darauf eingehe. Nun kommt aber wieder die Frage der Bauakademie ohne ein solches Füllgebäude. Die heutige Bauakademie ist keine Hochschule, sondern eine Schule, sie hat keine Vorlesungen, sondern Unterricht, wie etwa für Secunda und Prima. Sie hat keine Doppelcurse, keine Parallel-Vorlesungen; die wichtigste Vorlesung, die Elemente des Baues, Brücken- und Eisenbahnbaues, werden in drei Stunden zwei Semester lang betrieben; Privat-Dozenten giebt es überhaupt nicht, denn ein freies Vorlesen ist nicht vorhanden. Wollen Sie eine Entwicklung dieses Instituts nach andern Grundsätzen, so ist es nicht mehr möglich, daß das alte Schinkel'sche Quadrat von 45 Metern in Länge und Tiefe ausreicht. Eine Uenderung ist aber nöthig, denn es ist nicht ferner durchführbar, daß 8-900 Techniker durch 9 Lehrer ausgebildet werden, wenn auch einige Hilfslehrer hinzutreten und einzelne Regierungsbeamte verpflichtet sind, einige Sectionen in der Bauakademie zu geben. Das letztere kann ich durchaus nicht billigen; es ist das eine Verbindung von Wissenschaft und Praxis, die der ersten nicht heilsam sein kann. Das ganze System der Verbindung von Verwaltungsbeamten und wissenschaftlichen Lehrern muß schlechterdings aufgegeben werden, weil es direct dem wissenschaftlichen Unterricht widerspricht. Auf die Räume für wissenschaftliche Sammlungen, physikalische Cabinete u. dgl. will ich nicht weiter eingehen, ich will nur anführen, daß die polytechnischen Institute zu München, Aachen und Dresden einen doppelten und dreifachen Raum einnehmen, als die Berliner Bauakademie. Wenn man nun das Schinkel'sche Gebäude verlassen muß, so würde man vielleicht Miethsräume finden, wie z. B. die alte Mühle und das Werder'sche Gymnasium, aber dies kann auf die Dauer der Zeit nichts nützen; es wird sich also darum handeln, einen Neubau herzustellen. Nun haben wir aber außer der Bauakademie noch ein neues Gebäude für die Gewerbeakademie herzustellen, und da kam die Commission auf den Gedanken, ob es nicht besser sei, aus wirtschaftlichen und finanziellen Rücksichten, beide Akademien zu combiniren. Es giebt zwischen diesen verschiedenen Hochschulen eine innere Gemeinsamkeit, eine große Zahl von wissenschaftlichen Zweigen, welche allen polytechnischen Schulen gemeinsam sind, und eine Summe von Vorlesungen, für welche die gleichen Kräfte wirken können.

Soll diese Gemeinsamkeit äußerlich möglich gemacht werden, sollen die Vorleser, die daraus erwachsen, wissenschaftlich und finanziell erreicht werden, so können solche Anstalten nicht in einer weiten Entfernung von einander liegen. Dies ist aber mit der Bauakademie und der Gewerbeakademie der Fall. An dieser einfachen geographischen Thatsache scheiterte bisher jeder Zusammenhang dieser Anstalten und jede innere Verbindung im Organismus. Vergessen wir nicht, daß nicht bloß die Lehrer, sondern auch die Bibliothek, die Sammlungen, die Apparate aller Art wesentlich gemeinsam sind und daß wir überall lauter Doubletten schaffen müssen, wenn wir nicht auf die Vereinigung hinarbeiten. Für unseren Antrag sollte kein Minister warmer eintreten, als gerade der Finanzminister; denn es liegt auf der Hand, daß durch diese Vereinigung ganz gewaltige Summen erspart werden. (Sehr richtig.) Der Hauptgrund, weshalb diese technischen Anstalten bisher zurückgeblieben, war der Umstand, daß ihre oberste Leitung keine einheitliche war. Die eine Anstalt war von der Gewerbeabtheilung im Handelsministerium, die andere von der Bauabtheilung, die dritte von der Vergabtheilung abhängig. Wir wollen, daß alle diese Anstalten eine und dieselbe centralisirte Leitung haben und sind überzeugt, daß die segensreichen Folgen einer solchen Umgestaltung sehr bald sich zeigen werden. Ich bitte Sie dringend: nehmen Sie unseren Antrag an. (Beifall links.)

Handelsminister Adenbach: Wenn ich auch den Ausführungen des Referenten eingetretene muß, so wird mich doch das nicht hindern, im Falle der Annahme der Resolutionen in eine vortheilhafte und locale Prüfung der Frage einzutreten. Die Hauptfrage ist, ob wir ein Polytechnikum in Berlin haben wollen oder nicht. Ist man über diese Frage einig, dann regeln sich die anderen Nebenfragen von selbst. Die Frage der einheitlichen Organisation tritt nicht zum ersten Male an das Haus. Als es sich um den Erweiterungsbau der Gewerbeakademie handelte, da wurde diese Frage sachlich in der Budgetcommission erörtert und dies hatte zur Folge, daß im Plenum die Mittel für diese Sonderanstalt bewilligt wurden. Die Vergalademie, welche ohne Zustimmung des Hauses durch ministerielle Orde errichtet ist, veranlaßte nach vielfachen Discussionen im Jahre 1862 eine Resolution, welche eine polytechnische Lehranstalt als wünschenswerth bezeichnete. Dann wurde eine weitläufige Denkschrift über diese Materie im Handelsministerium ausgearbeitet und das Resultat derselben war, daß die Summen für die Vergalademie allerdings ohne das Princip zum besondern Ausdruck zu bringen, vom Hause sans phrase bewilligt wurden. Auch im Jahre 1873 und 1874 wurde der Neubau der Vergalademie als Sonderanstalt beschlossen. Als es sich im Jahre 1872 um einen Bauplan für das landwirtschaftliche Institut und das landwirtschaftliche Museum handelte, wurde gleichfalls der Gedanke angeregt, ob die Anlage einer Sonderanstalt und eines Sonder-Museums zu empfehlen, und dennoch schließlich der Bau beschlossen. Im vorigen Jahre wurde noch der Bau eines Gewerbemuseums und der Gewerbe-Akademie auf dem Plage der Porzellan-Manufactur als Sonderanstalt genehmigt. Also bei fast allen Instituten sind derartige Erwägungen nahe getreten und immer vom Hause im Sinne der Sonderanstalten erledigt worden. Sie werden zugestehen, daß es dann für den Chef einer Verwaltung sehr schwer wird, sich auf eine ganz andere Grundlage zu stellen. Ich würde dann sofort genöthigt sein, mit dem Bau der Gewerbe-Akademie und des Gewerbemuseums einzubringen.

Man hat mir in der Budget-Commission vorgeworfen, daß ich hiermit einen parlamentarischen Kunstgriff begehre und die Freunde des Gewerbemuseums gegen die Resolutionen der Commission einnehme. Ein solcher Gedanke, obwohl er nicht ungeschickt wäre, liegt mir fern. Im Falle der Annahme der Resolution muß nothwendig die Erwägung eintreten, ob der Platz der Porzellan-Manufactur für ein Polytechnikum geeignet sei; wenn es auch manchen Mitgliedern des Hauses nicht angenehm ist, dieses so nahe Ziel wieder entfernt zu sehen. Gegen den Antrag sub 1 habe ich Nichts einzuwenden; doch ist es fraglich, ob eine solche Erhöhung der Ziele der Bau-Akademie sich verträgt mit der Idee einer polytechnischen Lehranstalt, welche ja in anderen Ländern noch viel umfassendere Ziele verfolgt, als gegenwärtig bei uns intendirt wird. Der Referent hat selbst das Bestreben in bautechnischen Kreisen erwähnt, welches auf eine gänzliche Trennung der einzelnen Specialfächer in der Vorbildung hinget, und obwohl wir wohl noch lange gemeinsame wissenschaftliche Kurse für alle Zweige haben werden, so wird man sich doch der Frage nicht verschließen können, ob es zuträglich ist, diesem Zuge gegenüber noch mehr verschiedene Fächer in einem Polytechnikum zu



gemeinsamen Kursen zu verbinden, zumal da ja dieselben Wissenschaften den verschiedenen Berufsarten verschieden docirt werden müssen. Schon augenblicklich ist der Besuch jeder einzelnen Lehranstalt ein starker und wird bei der Vereinigung der Anstalten einen wahren Riesendurchschnitt erlangen. Sind dann diese gemeinsame Fächer, so wird man mit großen finanziellen Opfern Parallelvorlesungen einrichten müssen. Wo ist aber der Beweis erbracht, daß die getrennten Lehranstalten ungünstig auf die Entwicklung und Ausbildung eingewirkt haben? Der Zweck der Anstalten ist ja ein verschiedener, die Bauakademie bildet besonders Staatsbeamte aus, während die Zuhörer der Gewerbeakademie meistens in die Privatpraxis übergehen. Ich würde es auch für eine Schädigung der deutschen Technik halten, wenn man für den Eintritt in die Gewerbeakademie dieselben Anforderungen stellen wollte, wie für die Bauakademie, obwohl ich eine gute Vorbereitung und die allmähliche Erhöhung der Ansprüche nur befürworten kann. Ob es aber zuträglich ist, Personen von so verschiedener Vorbildung in einem Polytechnicum zu vereinigen, ist mindestens zweifelhaft. Die ganze Frage des Polytechnicums ist also eine höchst disputable und der Landtag hatte zu seinen Beschlüssen in Betreff der Sonder-Anstalten gute Gründe. In jedem Falle aber werde ich die Beschlüsse des Hauses einer sorgfältigen Erwägung unterziehen.

Abg. Vasker: Ich bin dem Minister sehr dankbar für seine Ausführungen, durch welche er die Schritte des Abgeordnetenhauses rechtfertigt, welche es in Bezug auf das gewerbliche Schulwesen gethan hat und finde in der That, daß die Schuld des Abgeordnetenhauses gar nicht so sehr bedeutend dabei ist. Der Fehler liegt eigentlich darin, daß wir über unsere höchsten wissenschaftlichen Anstalten bei Gelegenheit von Forderungen für Bauten derselben abzuhandeln haben. (Sehr richtig!) Der Handelsminister ist bei der angeregten Debatte nur in dem technischen Theile theilhaftig, der zweite am meisten zu betonende Theil ist zu wenig berücksichtigt worden, das ist die Frage der Hochschulen für die Ausbildung unserer technisch beschafften Personen in den höchsten Fächern. Wenn man sich unter dem Polytechnicum nichts als eine Vereinigung der verschiedenartigen Schulen denkt, so ist uns freilich damit gar nicht geholfen. Die Hauptfrage für uns ist: wollen wir, daß man in dem Berufe, zu dem man in diesen Schulen vorbereitet wird, gerade aus auf das Ziel des Handwerkers losgehen oder wollen wir auch hier die höchste, wissenschaftliche Bildung der Nation den jungen Leuten zugänglich machen. Wir beantworten diese Frage entschieden in dem letzteren Sinne und dabei tritt für mich die Geldfrage durchaus in den Hintergrund. Es ist ja eine bekannte, wissenschaftliche Regel, daß für einen schlechten Zweck ausgegeben, wenn auch noch so sparsam verwaltetes Geld mehr verschwendet ist, als viel größere Summen, die für nützliche Zwecke verausgabt werden. Wir wollen vor allen Dingen verhindern, daß uns die Baumeister die Lösung dieser so hoch bedeutsamen Frage nicht vorwegnehmen, indem sie die Bauten an verschiedenen Stellen beginnen und so ein Definitivum schaffen, dem wir uns dann aus Sparsamkeitsrücksichten zu fügen haben.

In dem Antrag möchte ich die Worte „in der nächsten Session“ gestrichen haben. Wir haben leider die Aussicht, noch mindestens drei Monate hier zusammen zu sein. (Oho! lebhafter Widerspruch.) Ja, m. H., zum Theil durch die Schuld der Regierung, indem sie uns alle diese Vorlagen gemacht hat, zum Theil auch sehr durch unsere eigene Schuld. Denken Sie nur an die Verhandlungen unserer Staatsberatungen. Wie die Sache heute steht, werde ich Jedem sehr dankbar sein, der mir die Garantie giebt, daß ich am 17. Juni ohne Urlaub werde entlassen werden können. Wenn wir also mindestens 3 Monate noch vor uns haben, so heißt das wirklich, die sprichwörtliche Langsamkeit in der Beurtheilung unseres Staates geradezu ausmühen, wenn wir der Regierung sagen, sie soll in der nächsten Session erst den Plan vorlegen. Zwischen jetzt und 3 Monaten ist Gelegenheit genug vorhanden, einen Plan auszuarbeiten, so daß wir noch in diesem Jahre darüber entscheiden können.

Abg. Dr. Birschow: Ich habe zu der Budgetcommission gehört, welche im Jahre 1862 über den Gegenstand zuerst verhandelt hat. Als damals die Regierung die Vergakademie in ziemlich eigenmächtiger Weise ins Leben gerufen hatte, wurde auf den Antrag der Commission eine Resolution beschlossen, in der der Wunsch nach einer großen einheitlichen polytechnischen Schule ausgesprochen wurde. An diesem Beschlusse hat das Haus bis 1866 festgehalten, und wenn er heute wieder aufgenommen wird, so trete ich ihm gern bei, möchte aber dabei vorweg darauf aufmerksam machen, daß wir dann einerseits nicht feilschen und markten dürfen, aber uns andererseits darüber verständigen müssen, ob wir — wenn wir einmal vor einem so einschneidenden Schritte stehen — nicht allein die Vergakademie, sondern auch das landwirthschaftliche Institut der Anstalt einzuverleiben haben. Der in Betreff der Vergakademie seitens der Budgetcommission gestellte Antrag ist indessen so gefaßt, daß danach der Minister scheinbar ermächtigt wird, mit dem Bau derselben fortzufahren. Hier wäre mir eine andere Fassung erwünscht, denn sachlich stimme ich mit den Vorrednern darin überein, daß die heutige Organisation der genannten Institute ihren Zwecken nicht entspricht und die Ausbildung besonders der Architekten darunter leidet. Es ist bekannt, daß diese Verhältnisse einen hervorragenden Wasserbau-Techniker gehindert haben, eine Lehrstelle an der Bauakademie anzunehmen.

Handelsminister Dr. Ugenbach: Ich will diese Bemerkung nur dahin berichtigen, daß dieser Mann keine Lehrstelle an der Bauakademie, sondern eine Anstellung als Vortragender Rath im Handelsministerium gewünscht hat, welche ihm zur Zeit nicht gegeben werden konnte.

Finanzminister Camphausen: Die Praxis des englischen Unterhauses legt großen Werth auf Präcedenzfälle. Ich wünschte, daß auch dieses Haus das Gleiche thun möchte. In diesem Sinne möchte ich mich gegen den Antrag der Budgetcommission insofern verwahren, als darin die Abhebung eines Staatspostens in der Weise erfolgt, daß die Mittel dafür einer anderen Ausgabe zu Gute kommen sollen, während der Finanzminister gewarnt wird, eine einzige Mark dafür auszugeben. Sachlich habe ich gegen den Antrag nichts einzuwenden.

Nach nochmaliger Befürwortung der Resolutionen durch den Referenten Abg. Wehrenpennig werden dieselben unter entsprechender Abänderung der Etatsliste und unter Streichung der Vorlage „in der nächsten Session“ in dem Antrage 2 sub c angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus um 4 Uhr, um in einer Abend Sitzung um 7½ Uhr die Etatsberatung zu Ende zu führen.

Berlin, 17. März. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem Landrath Agricola zu Kreuznach und dem Steuer-Empfänger Fehres zu Grumbach im Kreise St. Wendel den Rothen Adlerorden vierter Klasse; dem Geheimen Regierungsrath und Professor Dr. Neumann an der Universität zu Königsberg den Stern zum königlichen Kronenorden zweiter Klasse; dem Director der Feuerversicherungs-Gesellschaft „Golumbia“, Jacob Gilbert zu Köln, dem Bürgermeister Rau zu Rinn im Kreise Kreuznach und dem Bürgermeister Heymann zu Sondernheim denselben Kreises den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem pensionirten Formeimeister Carl Hoinitz zu Gleiwitz das Allgemeine Ehrenzeichen; sowie dem Schiffer Klaas Waller zu Vorkum und dem Steuermann Hinderk M. Keesuw ebendasselbe die Rettungsmedaille am Bande verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und König haben im Namen des Deutschen Reiches den Kaufmann Friedrich August Erdmann in Samarang und den Kaufmann Henry Müller in Paramaribo zu Consuln des Deutschen Reichs ernannt.

Se. Majestät der Kaiser hat im Namen des Deutschen Reiches den Friedensrichter Friedrich Theodor Caspers in Münster zum Rath bei dem Kaiserlichen Landgerichte in Colmar ernannt.

Se. Majestät der König hat dem Stadtgerichts-Calculator Schneider in Breslau bei seiner Verlegung in den Ruhestand den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

Mit Allerhöchster Genehmigung ist der Probst zu St. Petri, Ober-Consistorialrath Dr. theol. Freiherr von der Goltz zum ordentlichen Honorar-Professor bei der theologischen Facultät der hiesigen Universität ernannt worden. Die bisherigen Privat-Dozenten Stadt-Gerichts-Rath Dr. Kubo und Dr. Franz Prätorius sind zu außerordentlichen Professoren in der juristischen bzw. philosophischen Facultät der Universität hieselbst ernannt worden. — An dem evangelischen Schullehrer-Seminar zu Preuß-Friedland ist der Lehrer Eduard Müller als ordentlicher Seminar- und Musiklehrer angestellt worden.

Berlin, 17. März. [Se. Majestät der Kaiser und König] empfangen heute den Polizei-Präsidenten von Madai und den General-Major Freiherrn von Willen zum Vortrage, nahmen ferner die Orden des verstorbenen Generals der Cavallerie z. D. von Cosel aus den Händen der beiden Söhne desselben, der Obersten von Cosel, zurück und dann die Meldung des Majors Freiherrn von Friesen, vom königlich sächsischen 3. Infanterie-Regiment Nr. 102 entgegen und empfangen zuletzt den Erbland-Marschall von Alt-Vorpommern Baron von Nalban auf Pinnow.

Beide Kaiserliche Majestäten diniren heute bei dem Minister des Königlich-Hauses Freiherrn von Schleinitz.

Ihre Majestät die Kaiserin-Königin besuchte das Augusta-Hospital. [Se. Kaiserliche und Königl. Hoheit der Kronprinz] nahm im Laufe des gestrigen Vormittags militärische Meldungen entgegen.

Abends begaben sich die höchsten Herrschaften zur Sotree bei Ihren Majestäten.

Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Charlotte, Tochter Sr. Kaiserlichen und Königl. Hoheit des Kronprinzen, ist der „E. C.“ zu Folge am 14. d. M., Nachmittags, mit dem Postdampfer von Belgien in Dover angekommen und von dort mittelst Strazuges nach St. Leonards weitergeleitet. (Reichsanz.)

Berlin, 17. März. [Beschleunigung der parlamentarischen Arbeiten. — Die Justizcommission. — Die landwirthschaftlichen Akademien.] Der allgemein in der Presse ausgesprochene Wunsch nach einer Beschleunigung der parlamentarischen Verhandlungen wird auch von Seiten der Regierung durchaus getheilt. Wenn nun in einzelnen Correspondenzen noch die Vorlegung einer Landgemeinde-Ordnung in Aussicht gestellt wird, so ist diese Nachricht schon deshalb wenig glaublich, weil die Regierung gewiß darauf bedacht sein wird, das Arbeitspensum des Landtages nicht ohne Noth noch zu vermehren. Es finden sich in dem Competenz-gesetz schon einige grundlegende Bestimmungen zur Landgemeinde-Ordnung, und es hat den Anschein, als ob man in der Commission geneigt sei, diese Bestimmungen noch zu erweitern. Daraus dürfte wohl das Gerücht entstanden sein, daß noch eine besondere Landgemeinde-Ordnung zur Vorlage gelangen werde. — Die Beratungen im Justizministerium über die Ergebnisse der Arbeiten der Reichs-Justiz-Commission nehmen einen verhältnißmäßig raschen Fortgang, so daß dieselben wahrscheinlich schon in nächster Woche zum Abschluß kommen werden. — Nach einer Uebersicht der Studirenden der landwirthschaftlichen Akademien des preussischen Staates für das Sommer-Semester 1874 und das Winter-Semester 1874/75 besuchten diese Anstalten im Sommersemester 151 Studirende und 5 Hospitanten, im Wintersemester 182 Studirende und 9 Hospitanten. Von sämmtlichen Besuchern dieser Institute kommen auf die Akademie zu Proskau im Sommer-Semester 76, also fast die Hälfte, im Winter-Semester 101, also über die Hälfte. Von den Besuchern gehörten im Sommersemester 97 (darunter 23 der Provinz Schlesien, 18 Brandenburg, 13 Preußen, 12 Posen u.) Preußen, 9 den übrigen deutschen Staaten und 52 dem Auslande an; im Wintersemester 131 (darunter 35 der Provinz Schlesien, 23 Brandenburg, 14 Preußen, 12 Posen, 11 Pommern u.) Preußen, 9 den übrigen deutschen Staaten und 51 dem Auslande an. — Die Thätigkeit sowohl der mit diesen Lehranstalten verbundenen, als auch der selbstständig bestehenden Versuchstationen für agricultur-chemische resp. thier- und pflanzenphysiologische Zwecke war im Jahre 1874 eine sehr lebhaft. Eine Menge für die Landwirthschaft wichtiger wissenschaftlicher Arbeiten wurde von ihnen zum Abschluß gebracht und ebenso ist die nicht unwichtige Controle von Fabriken und Handlungen ausgeübt, welche den Landwirth in immer steigender Anzahl mit künstlichen Düngemitteln und Sämereien versehen. Es wurde dem Landmanne Gelegenheit gegeben, durch Analysen der bezogenen Producte sich Auskunft darüber zu verschaffen, ob er reell bedient worden ist, und sich so durch ein unbedeutendes Honorar oft vor großen pecuniären Nachtheilen zu schützen. Die Seitens der Landwirthe erforderlichen Analysen hatten in der Zahl gegen das Vorjahr erheblich zugenommen.

Berlin, 17. März. [Fällung von Reichsschuldscheinen. — Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst. — Die Petitionskommission.] Der Bundesrathsausschuß für Rechnungswesen hat beantragt, folgenden Bestimmungen über die Behandlung nachgemachter und verfälschter, sowie beschädigter und unbrauchbar gewordener Reichsschuldscheine zuzustimmen. I. 1) Sämmtliche Reichs- und Landesscheine haben die bei ihnen eingehenden nachgemachten oder verfälschten Reichsschuldscheine anzuhalten. 2) Wird ein eingehendes Falschstück als solches von den Kassbeamten ohne weiteres erkannt, so hat der Vorsteher der Kasse sofort der zuständigen Justiz- oder Polizeibehörde Anzeige zu machen und das angehaltene Falschstück vorzulegen, unter Befähigung des eingegangenen Begleitschreibens, Eilfertig u., beziehungsweise der über die Eingablung aufzunehmenden kurzen Verhandlung. 3) Erscheint die Unrechtheit eines Scheines zweifelhaft, so ist derselbe, nachdem dem bisherigen Inhaber eine Bescheinigung über den Sachverhalt erteilt worden, an die Reichsschuldenverwaltung (Königl. preussische Hauptverwaltung der Staatsschulden, Berlin S. W. Oranienstr. 94) einzusenden. Dieselbe wird diese Scheine einer Untersuchung unterwerfen, und a. im Falle der Echtheit den Werth für Rechnung des Reichs der einsendenden Kasse zur Auszahlung an den Eingabler zu senden, die Scheine aber, sofern sie zum Umlauf nicht geeignet sind, einzuleihen lassen; b. im Falle der Unrechtheit das Falschstück an die einsendende Kasse zurückgeben, damit dieselbe in Gemäßheit der Vorschriften unter I. 2 verfähre. — II. Der Reichsschuldenverwaltung ist von jeder wegen Fälschung oder Nachahmung von Reichsschuldscheinen erfolgten Einleitung eines Untersuchungs- oder Ermittlungsverfahrens sofort Mittheilung zu machen, und sobald es ohne Nachtheil für das Verfahren geschehen kann, das Falschstück vorzulegen. Auch ist die Reichsschuldenverwaltung von dem Fortgange des Verfahrens in Kenntniß zu erhalten und von dem schließlichen Ergebnisse desselben, unter Vorlegung der Acten und Falschstücke, zu benachrichtigen. Letztere sind von der Reichsschuldenverwaltung aufzubewahren. — III. 1. Sämmtliche Reichs- und Landesscheine haben die ihnen bei Zahlungen angebotenen beschädigten oder unbrauchbar gewordenen (einschließlich der geklebten und der beschmutzten) Reichsschuldscheine, deren Umtauschfähigkeit zweifellos ist, anzunehmen, aber nicht wieder auszugeben, sondern an Sammelstellen (für die Reichsscheine, die Reichs-Hauptkassen und die Ober-Postkassen, für Preußen die General-Staatskassen und die Regierungs- bzw. Bezirks-Hauptkassen, für die übrigen Bundesstaaten die Landes-Centralkassen) abzugeben. Solche Reichsschuldscheine sind, außer von der Reichshauptkasse, auch von den vorbezeichneten übrigen Sammelstellen, soweit es deren Bestände gestatten, gegen umlaufsfähige Reichsschuldscheine oder bares Geld umzutauschen. Von den Sammelstellen soll sobald ein Bestand von 5000 Mark oder mehr angesammelt ist, die Einsendung der zu kassirenden Scheine an die Königl. preuss. Controle der Staatspapiere erfolgen, welche nach Ermessen Ersatz leistet und die Entwerthung mittelst einer Durchschlagmaschine vornimmt. Nach Ansammlung einer Summe von 300,000 M. erfolgt die Vernichtung der Scheine durch die Reichsschuldenverwaltung unter Controle der Reichsschuldencommission. Alljährlich soll der Betrag der vernichteten Scheine dem Reichskanzleramt angezeigt werden. Bei zweifelhafter Ersatzfähigkeit sind die eingelieferten Scheine mit dem Ersatzantrage an die Reichsschuldenverwaltung zu versenden und bei verweigerter Ersatzleistung mit dem Wertlosstempel versehen dem Einlieferant zurückzugeben. Postsendungen zur Auslieferung dieser Bestimmungen zwischen den beteiligten Landes- oder Reichsbehörden bleiben portofrei. — Die Commission für das Gesetz über Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst hat gestern die zweite Lesung beendet. Danach soll ein und dasselbe erste Examen für höhere Justiz- und Verwaltungsbeamte bestehen und gesetzlich festgesetzt werden,

daß auch Juristen dem Studium der Staatswissenschaft obliegen sollen. Die erste Prüfung, mündlich und schriftlich, verbreitet sich über die Disciplinen des öffentlichen und des Privatrechts, der Rechtsgeschichte, der Volks- und Staatswirtschaftslehre. Der Vorbereitungsdienst für Justiz- und Verwaltungs-Referendarien ist während der zwei ersten Jahre derselbe und bezweckt Vertrautwerden mit den gerichtlichen Geschäften und dem staatsanwaltschaftlichen Dienste bei den Gerichten erster Instanz. Während zweier weiterer Jahre soll sich der Referendar praktisch bei den Vorständen von Stadtgemeinden, den Landräthen, den Verwaltungsgerichten und den Regierungen beschäftigen und eine sich daran reihende mündliche und schriftliche große Staatsprüfung ist bestimmt, seine Qualifikation für den höheren Verwaltungsdienst nachzuweisen. Erfordert wird dieser Nachweis für die Abtheilungs-Dirigenten, Regierungsmitglieder und Ober-Präsidenten-Räthe, sofern sie nicht technische Beamte oder Justiziarer sind, für die Landräthe und die aus den Verwaltungs-Beamten zu entnehmenden Mitglieder des Obergerichts und der Bezirksverwaltungsgerichte. In Betreff der Landräthe hat die Commission eine Erleichterung insofern eintreten lassen, als für die von den Kreisversammlungen und den Kreistagen des Westens Vorgesetzten auch der Nachweis der Qualifikation für den höheren Justizdienst für ihre Ernennung als Landräthe ausreichen soll. Eine weitere Ausnahme ist für Justiziarer, Mitglieder der Auseinanderseßungsbehörden, Landräthe u. s. w., welche die juristische Staatsprüfung abgelegt haben, dahin bestimmt, daß sie für alle Stellen des höheren Verwaltungsdienstes befähigt erklärt werden können, wenn sie mindestens fünf Jahre in ihren gedachten Aemtern thätig gewesen sind. Für die Mitglieder einer Provinzialsteuer-direction ist die zweite juristische Prüfung der zweiten Prüfung des Gesetzesentwurfes gleichgestellt. Die übrigen Bestimmungen des Gesetzes betreffen dessen Ausführung, welche durch mehrfache Uebergangsbestimmungen zu einer allmählichen gestaltet ist. — Die Arbeiten der Petitionskommission mehren sich fortwährend und es fehlt nicht an Bitten ganz eigenthümlicher Art. So petirt ein Litthauer, daß die Wahltermine spätestens im September abgehalten werden mögen, weil sonst das Hochwasser, Eisgang und dergleichen die Ausübung der Wahlrechte erschweren könne. Ein anderer Petent fordert, daß die Stolzführer von Standesbeamten jedesmal bei der betreffenden Civilhandlung mit eingezogen werden möchten.

W. T. B. [Das Abgeordnetenhaus] genehmigte in der Abend-sitzung alle übrigen an die Budgetcommission verwiesenen Statistiken nach den Anträgen der Commission, lehnte den Antrag den Communal-zuschuß für Elbing im Etat des nächsten Jahres angemessen zu erhöhen, ab und genehmigte endlich den Etat des Abgeordneten- und Herrenhauses, womit die zweite Lesung des Etats erledigt ist. Morgen findet die erste Lesung der Städteordnung statt.

\*\* [Die heftige Erregung um das Luftkreuzer,] deren Kräfte in der Nacht vom 12. zum 13. ausbrach, äußert sich noch in verschiedenen Nachwirkungen. So tobte am 15. bei uns in Ostpreußen noch ein anhaltender Sturm, der u. A. fast alle Telegraphenleitungen von Emden führte; nur mit Mühe konnten durch besondere Vorrichtungen die Verbindungen mit Bremen und England, so wie die Indische Linie, welche von Emden über Berlin, Warschau, Kertsch und Tiflis nach Bombay fährt, betriebsfähig erhalten werden. Bei Neermoor, zwischen Leer und Emden, riß der Sturm 2 Doppelgestänge um (d. i. eine Strecke von ¼ Meile) und warf sie mit sämmtlichen Leitungen in das Ueberfluthungswasser. Der Umstand, daß das Erdreich durch die vorangegangenen anhaltenden Regengüsse in hohem Grade erweicht war, verbunden mit der Stärke des Sturmes, ist den Allen und Wäldern wie den Telegraphenlinien diesmal besonders verderblich gewesen. Die Herstellung der letzteren, bei welchen alle irgend verfügbaren Kräfte unter größter Anstrengung thätig sind, ist namentlich dadurch erschwert, daß die Arbeiten auf vielen Stellen im Ueberfluthungswasser ausgeführt werden müssen, und daß die Beschädigten überall da sehr tiefgehende sind, wo Eisenbahnschienen in die umgefallenen Leitungen hineingefahren, oder schwere Bäume, daher u. a. auf dieselben geschleudert worden sind. In vielen Fällen muß man sich mit einer vorläufigen Herstellung der Verbindung begnügen; die dauernde wird mehrere Wochen in Anspruch nehmen. Inzwischen wird die Correspondenz auf den betriebfähig gebliebenen Leitungen, welche je nach Umständen in die entsprechende Verbindung gebracht werden, so gut als möglich abgewickelt, wobei freilich mitunter große Umwege (zum Beispiel Wien über Petersburg) unermelblich sind.

Tilsit, 17. März. [Die Schifffahrt] im oberen Lauf der Memel ist wieder eröffnet.

Posen, 17. März. [Uebnahme einer Pfarrstelle.] Am 13. d. M. wurde der Geistliche Kolany durch den Commissarius Grünwald aus Gniwowo als katholischer Propst in Murzynowo in sein Amt eingeführt. Herr Kolany ist der fünfte Geistliche in unserer Provinz, der offen von der Regierung ein Beneficium angenommen hat. Die anderen sind, in chronologischer Ordnung der Anstellung, die Herren Kubejak, Rik, Guzmier und Drazdowski. (Ostb. Zig.)

München, 15. März. [Berichtigung.] Die „Augsb. Abendztg.“ enthält folgende Berichtigung:

„Die „Augsb. Abendztg.“ vom 13. März enthält eine Münchener Correspondenz vom 12. März, worin erzählt wird: Der Abg. Jörg habe nach dem bekannten Vorfall in der Kammer den k. Staatsminister v. Puf im Vorbeigehen mit den Worten angesprochen: „Grellen! Es thut mir leid, so gesprochen zu haben“ u. Daß ich so gesagt habe, ist nicht wahr, obwohl ich nie mit Freude gegen irgend Jemand so aufgetre, wie ich es zu thun in der Sitzung vom 7. d. für meine Pflicht gehalten habe. Abg. Jörg.“

Ulm, 15. März. [Transporte.] Seit einigen Tagen treffen hier täglich 12 bis 14 österreichische Waggonen ein, beladen mit ungarischen Pferden, nach Frankreich bestimmt. Die eine Hälfte dieses Transports geht nach Antwerpen und Basel, die andere über Mählar und Avricourt weiter.

Stuttgart, 17. März. [Die Ständeversammlung] ist auf den 28. d. M. einberufen worden.

Heddingen, 15. März. [Die dreihundertjährige Jubelfeier der fürstlichen Linie Hohenzollern-Sigmaringen] ging, da der Fürst gewünscht, daß öffentliche Kundgebungen unterbleiben möchten, in aller Stille vor sich. Von den Städten Heddingen und Sigmaringen wurden Deputationen mit Ehrenkleidern abgeordnet, die Seitens der fürstlichen Familie sehr wohlwollende Aufnahme fanden.

## Frankreich.

Paris, 15. März, Abends. [Die Erklärung des Cabinets] ist heute in Paris an den Straßenenden angeschlagen worden; sie wird heute gelesen, wie man denn überhaupt im größeren Publikum diese ministerielle Kundgebung keiner besonderen Aufmerksamkeit gewürdigt hat. In den politischen Kreisen bleibt der Eindruck ein gemischter. Allgemein ist der doppelte Charakter der Erklärung, die halb einer Vollmacht oder Thronrede, halb einem ministeriellen Programme ähnlich sieht, aufgefallen. Vielfach hört man auch die Aeußerung, daß Manifest des Ministeriums scheint eher darauf berechnet, Mac Mahon zu beruhigen, als das Land über die Zwecke der Regierung aufzuklären. Unter den Blättern haben der „Temps“, die „Opinion“, die „France“ und selbst das „Siècle“ sich anerkennend ausgesprochen. Der „Figaro“ sagt dagegen: „Die unglückliche Erklärung der Regierung stellt ziemlich genau das Schaustücksystem dar, zu welchem das Ministerium verurtheilt ist, ohne darum sicher zu sein, daß es leben wird. . . Jeder hat seinen Antheil und Niemand wird sich damit begnügen, es sei denn, daß man zur Rechten, wie zur Linken, mit



einem Male sehr verständlich geworden wäre." Auch der bonapartistische „Gaulois" weiß nicht recht, was mit der Botschaft anzufangen. Sie scheint ihm nur Pfräsen zu enthalten, die jede Partei nach Belieben auslegen könne, die aber aus diesem Grunde keine Partei zufriedenstellen werde. Es wäre geschickter und dabei nicht gefährlicher gewesen, die Situation freimüthig anzunehmen und der misslichen Stimmenmehrheit gemäß zu regieren, denn so lange die Republikaner nicht regiert hätten, wären sie auch ihr Ansehen bei der irreführten Bevölkerung bewahren. Dem „Constitutionnel" folgt die Erklärung das Vertrauen ein, daß die Regierung stets conservativ bleiben und nicht dem Drängen der Radikalen nachgeben werde. Die „Liberté" ist der Meinung, daß die Verfasser des Manifestes sich bemüht haben, so wenig als möglich zu sagen, daher dasselbe weder Fisch noch Fleisch. „Arme Minister, sagt sie hinzu, die sich den Kopf zerbrechen müssen, um solche Dinge zu schreiben!" Die legitimistische „Union" erwartet nichts von dem Manifeste, dem es nicht an bösen Absichten fehle: „Wir wünschen nicht den Conflict, aber wir halten ihn für unvermeidlich, es sei denn, daß der Marschall Mac Mahon selbst die einzige Widerstandsmacht zerstören will, welche ihn gegen die revolutionären Unternehmungen vertheidigen kann. Die Politik des neuen Cabinets entspricht unseren Erwartungen. Sie scheint bestimmt, die Regierung vor der öffentlichen Meinung zu erniedrigen und im Schooß des Parlaments die Waffen vor der Revolution zu strecken."

Paris, 16. März. [Die Wahl Ricard's. — Aus der Deputirtenkammer. — Die „Republique française" und die Regierung. — Herr de Nabailac. — Gambetta und der Kriegsminister.] Ricard ist gestern im Senat mit 174 gegen 92 Stimmen zum lebenslänglichen Senator ernannt worden. Von den 92 feindlichen Stimmen fielen 84 auf de Lesseps, die übrigen zerstreuten sich. Für Ricard stimmten sämmtliche Republikaner und die sog. Constitutionellen mit de Broglie, gegen ihn die Royalisten und Bonapartisten. Mehrere der letzteren hatten vor der Wahl ein Mandat unternommen, welches ihnen traurig mißlungen ist. Sie begaben sich zu Ricard und boten ihre Unterstützung an, unter der Bedingung, daß er verspreche sich von den Radikalen loszusagen. Da der Handel nicht angenommen wurde, wandten die Herren sich an die äußerste Linke und erboten sich mit ihr gegen Ricard zu stimmen; aber auch hier wies man sie ab. Nach dieser Wahl beschäftigte sich der Senat wieder mit den Mandatsprüfungen, die bei Weitem noch nicht vollendet sind. Heute hält er keine Sitzung. In der Deputirtenkammer wurden ebenfalls die Wahlbesättigungen fortgesetzt. — Mit jener Ernennung Ricard's ist also jetzt das Ministerium als definitiv eingesezt zu betrachten, und die republikanischen Blätter fordern, daß das Cabinet jetzt unverzüglich an die Arbeit, an die Erfüllung seiner Verheißungen gehe. Vor Allem fordern sie die Säuberung der Verwaltung. „Man hat keinen Vorwand mehr zu zaudern", sagt die „Republique". Wir verlangen nicht, daß alles in einem Tage geschehe, aber man muß vom ersten Tage an etwas thun. Es giebt Beispiele, die schon zu lange erwartet worden. Auch in Betreff des Bürgermeistergesetzes scheint uns eine lange Zögerung nicht mehr möglich, und ebensowenig verträgt die Aufhebung des Belagerungszustandes in den Departements, wo er auf Herrn Buffet's Forderung beibehalten worden, keinen Aufschub mehr. Das Cabinet hat Credit verlangt; jetzt ist der erste Verfalltag gekommen. Vermuthlich wird das Amtsblatt in den nächsten Tagen schon der Linken eine erste Genugthuung geben und die Entfernung einiger der mißlieblichsten Präfecten melden. Unter ihnen dürfte sich der Präfect der Nieder-Pyrenäen, de Nabailac, befinden, den seine persönlichen Intimen Beziehungen zu der Familie de Mac Mahon nicht länger schützen können. Der spanische Gesandte de Molins war gestern, wie der „Moniteur" meldet, beim Duc Decazes, um sich neuerdings über die Haltung dieses Beamten den Carlisten gegenüber zu beschweren; er erhielt zur Antwort, daß de Nabailac nicht mehr Präfect sei. — Zu den Ministern, deren Anwesenheit im Cabinet der Linken am meisten mißfällt, gehört der Kriegsminister de Cissey. Auf ihn zumeist spielte Gambetta an, als er letzten Sonntag bei der Generalversammlung in der Rue Richelieu sagte: „Ich beklage mich nicht über die Minister, welche eintreten, sondern über diejenigen, welche nicht austreten." Die „Republique" geht heute de Cissey in einem Artikel über die Heeresreform zu Felde. Sie weiß ferner, daß er von Anfang an den Bemühungen der National-Verammlung um die Wiederherstellung der Armee einen passiven Widerstand geleistet, daß er die von der Landesvertretung bereitwillig gewährten großen Summen für Uniformveränderungen und kostspielige aber nutzlose Befestigungsarbeiten verschwendete. Trotz allem seien beträchtliche Fortschritte gemacht worden, aber es werde die Aufgabe einer wahrhaft republikanischen Regierung sein, den Reformbestrebungen eine feste und sichere Richtung anzuweisen. So das Organ Gambetta's. An den Debatten über das Generalstabs- und Armeeverwaltungsgezet wird also wohl de Cissey ein harten Strauß zu bestehen haben. Diese Debatten sind jedoch nicht in der Sommer-Session zu erwarten und einweilen scheint das Loos des Ministeriums für einige Monate gesichert. Die Mehrzahl der Blätter beleuchtet das gestrige Votum im Senat mit Recht als die parlamentarische Billigung des Cabinets und der ministeriellen Erklärung vom 14. März. Die Ungesimlen in der Deputirtenkammer sehen sich durch die noch zweifelhafte Zusammensetzung des Senats zur Vorsicht genöthigt und die aufgeregten Gemüther werden sich beschwichtigen.

Paris, 16. März. [Verheerungen durch Ueberschwemmung und Sturm.] Die Seine ist in fortwährendem Steigen begriffen; der augenblickliche Wasserstand übersteigt die Fluth des Jahres von 1872 schon um einige Centimeter. In mehreren Straßen der Cité wird der Verkehr nur noch auf Stützen vermittelt; trotz der von allen Seiten, von der Verwaltung, wie von Privaten, geleisteten Hilfe ist die Noth groß, da die Zahl der Ueberschwemmten eine ausgedehnte ist und noch in Folge der notwendig gewordenen Arbeitseinstellung der Fabriken viele Arbeiter brotlos geworden sind. Durch die lange Dauer der Ueberschwemmung sind viele der betroffenen Wohnungen in Gefahr, einzusinken; und einzelne Hufe, die sich seit gestern am Pont des Invalides gezeigt, haben die Polizei veranlaßt, den Wagenverkehr auf derselben zu unterlagen! Am meisten bedroht ist die Vorstadt Moutville, wo schon seit mehreren Tagen die Häuser sämmtlich haben geräumt werden müssen. Die Einwohner von Neuilly haben sich nur mit dem kleinsten Theile ihrer Habseligkeiten retten können, und Jory und St. Maur sind von jeder Verbindung zu Lande abgeschnitten. Noch schlimmer lauten die Nachrichten aus der Provinz. In Havre ist die Dampfschiffahrt eingestellt. Die Rhone, Sône, die Loire haben theilweise eine Höhe erreicht, wie sie nur die höchsten Sturmfluthen mit sich gebracht haben. Um das Unglück vollzumachen, hat der Sturm am letzten Sonntag wie überall, so auch in Frankreich die schrecklichsten Verheerungen angerichtet. In Paris selbst ist der Schaden wenig beträchtlich, doch bieten die erst heute eintreffenden Nachrichten aus der Provinz ein trauriges Bild, das erst in den nächsten Tagen vervollständigt werden kann, da die ungeheure Tragweite sich jetzt noch keine annähernde Schätzung des Unglücks zuläßt. Vor allem haben die Städte des Nordens gelitten. Im Aisne-Departement berechnet man den Schaden nach Millionen. In Valenciennes dauerte der Sturm über drei Stunden und bedeckte die ganze Stadt mit Trümmern; der in den Holzungen angerichtete Schaden läßt sich noch nicht annähernd angeben. In Roubaix gerieth eine Spinnerie in Brand; das Feuer griff in Folge des heftigen Sturmes so schnell um sich, daß nicht einmal sämmtliche Arbeiter sich flüchten konnten. Der verurtheilte Schaden beläuft sich auf nahezu 1 Million. — In Rouen ist die schöne Kirche St. Gervais und das Justizpalais bedeutend beschädigt worden. In Cambrai sind 11 Personen ums Leben ge-

kommen. Nach Süden erstreckte sich die Wirkung des Sturmes bis Fontainebleau, in dessen Wäldern viele Bäume entwurzelt worden sind.

## Provincial-Beitung.

Breslau, 18. März. [Frühlingsboten.] Aus den verschiedensten Gegenden der Provinz meldet man die Ankunft der zuverlässigsten Frühlingsboten — der Störche. Gegenwärtig sieht es aber freilich nicht danach aus, als ob es Frühling werden wollte; es weht ein so scharfer Wind, daß man eher frischen Schnee erwarten dürfte. Das Thermometer zeigt nur 0,5 °R.

\* [Jagd-Erträge in Schlesien.] Was die diesjährigen Jagd-erträge der Provinz Schlesien anbelangt, schreibt der „Grl. Anz.", so übersteigen diejenigen der Feld- und niederen Waldjagd die mittlere Jahresausbeute nicht unbedeutend, noch dazu bei guten Preisen des Wildes, nämlich bei 16 bis 20 pCt. höheren, als im vorigen Jahre. In den Thiergärten und eingezäunten Forsten Schlesiens werden gegenwärtig unterhalten ca. 2500 Stück Rothwild, 700 Stück Dam-, 450 Stück Schwarz- u. Wild, neben einer beträchtlichen Anzahl von Fasanerien und mehreren reichen Auer- und Wildbühnen-Beständen. Außerdem läßt sich der Wildstand in den offenen Forsten auf 500 Stück Roth- und Damwild schätzen. Auf je 25 Hekt. Forst- und Feldfläche sind jährlich 10 Hasen zu rechnen, was für die Provinz 150,000 bis 160,000 Hasen, neben 300,000 Rebhühnern und anderem Federwild ausmacht. Der Jinduritz und dem Handel liefert Schlesien in ca. 400 Stück Fische und 2000 Rebhühnern, in 150,000 Hefenellen, 16,000 Fußschinken, ferner in Marder-, Zitis-, Fischotter- und sonstigen Fellen ungefähr einen Rohmaterialwerth von 225,000 Mark. Unter Sinaurechnung des Federwildes läßt sich der Werth des Fleisches vom Wild auf das Sechsfache dieses Betrages einschätzen, mithin kommt zur Ernährung der Bevölkerung der Werth von 1,350,000 Mark und im Ganzen ein Ertrag von 1,600,000 Mark aus der Jagd der Provinz.

\* Glogau, 17. März. [Lehrerverein.] In der ersten Sitzung des hiesigen Lehrervereins eröffnete der Vorsitzende, Herr Präfer, eine Reihe von Vorträgen zur Vorbereitung auf eine würdige Feier des 4. Mai, des 100jährigen Geburtstages Friedrich Herbart's. In seinem ersten Vortrage stellte er nach einem kurzen Lebensbilde das Hauptverdienst dieses Pädagogen unter den Philosophen dahin fest, daß er durch Ausbildung der unentbehrlichen Hilfswissenschaften, der Psychologie und Ethik, der Pädagogik erst ein solches Fundament und den gerechten Anspruch, eine Wissenschaft zu sein, verschafft habe. Im zweiten Vortrage zeichnete er im Grundriß den großartigen Gedankenaufbau des psychologischen Systems Herbart's und im dritten zog er eine Parallele zwischen Herbart's und Benet's Psychologie, wobei der erstere die größere Klarheit und Bestimmtheit zuerkannt wurde. In einem späteren Vortrage sollen die psychologischen Anschauungen des Lehrlings Professors Fichte mit denen Herbart's verglichen werden, damit auf dem Wege der Vergleichung das psychologische System Herbart's klar erfasst werden könne. — Herr Brun sprach in einer Vereinsführung über Schülerbibliotheken, deren Wichtigkeit in intellektueller und ethischer Beziehung allseitig anerkannt wurde. — Zur Feier des 10. März hatte der Verein eine Festsfeier veranstaltet. Der Vorsitzende sprach über das Leben und Wirken der edlen Königin, die durch ihre hohe Verehrung für Befähigung und durch ihr warmes Interesse für eine geist- und herbildende Volkserziehung auch den Lehrern so nahe getreten sei. — Außerdem wurde bei Beginn der Vereinsführungen in erhabender Weise Gedächtnis der Männer gedacht, die der Tod einem geeigneten Wirkungskreise entzogen. Die Verdienste des Jugendschriftstellers Nierth um die Jugend und des am 18. Februar c. verstorbenen Rectors Dr. Fr. Otto um die Methodik des deutschen Sprachunterrichtes wurden in warmen Worten gewürdigt.

† Löwenberg, 17. März. [Abiturienten-Prüfung.] Unter Vorhabe des königl. Provinzial-Schulrathes Herrn Dr. Sommerbrodt aus Breslau fand am 15. v. Mts. die Abiturienten-Prüfung an der hiesigen höheren Bürgerschule statt, wobei die drei Examinanden das Zeugnis der Reife erhielten. Der Herr Schulrath hat sich über den Stand der Anstalt höchst befriedigend ausgesprochen und ganz besonders Gelegenheit genommen, die Repräsentanten der städtischen Behörden darauf hinzuweisen, nicht mühslos zu werden, wenn auch die Schülerzahl klein sei, der Werth und die Vorträge der Schule werden unzweifelhaft in kurzer Zeit auch in weiteren Kreisen die gebührende Anerkennung finden. Und das hoffen und wünschen auch alle diejenigen, denen das Wohl und Gedeihen des Institutes aufrichtig am Herzen liegt.

H. Gaiuau, 17. März. [Landwirthschaftliches. — Witterung.] Am 12. d. feierte der hiesige landwirthschaftliche Verein sein Stiftungsfest und waren als Gäste neben Andern auch erschienen die Lehrer der landw. Mittelschule zu Gniem: Director Dr. Birnbaum, Dr. Pfänder und Cantor Eisner. Nach herrlicher Begrüßung der Gäste erlittete der Vorsitzende, Gustavheer Wintler-Lannendorf, Bericht über die Verhandlungen des Vereins im verfloßenen Jahre. Amtsvorsteher Fetter-Wittgenborn hielt einen präcis gefaßten Vortrag über Kartoffelbau, dem sich die Bemerkungen des Correspondenten, Rittergutsbesitzer Cobel-Wärsdorf, und eine längere, recht lebhaft abspielende Debatte angeschlossen. Im Verlauf derselben brachte Director Dr. Birnbaum durch bildliche Darstellungen im bedeutend vergrößerten Maßstabe das Wesen der Kartoffelkrankheit zur Anschauung und zeigte einen Colorado-Läfer vor; ebenso eine Waage, behufs Ermittlung des Stärkegehalts der Kartoffeln. Rittergutsbesitzer Schöffler-Wittgenborn theilte demnach seine Erfahrungen mit über die in diesem Winter von ihm durchgeführte Selbstprüfung des Futters für Rindvieh. Die Resultate erwießen sich als sehr günstig. Hierauf erfolgte die einstimmige Wiederwahl des Vorstandes für das nächste Jahr. Ein der Sitzung sich anschließendes Abendbrot hielt die Mitglieder in bester Stimmung noch lange beisammen. — Während des Verlaufes dieser Woche trat wiederholt, namentlich während der Nächte, sehr heftiger Wind auf, und auch der Thermometerstand ist bedeutenden Schwankungen unterworfen, und erwarmerender Sonnenschein, Regen, Graupen und Schnee täglich mehrmals mit einander wechseln. Während gestern Nachmittag 1 Uhr 9° R. Luftwärme im Schatten, folgte eine Frostnacht und im Laufe des heutigen Vormittags hat nur 2° R. wiederholtes Schneegestöber; bald darauf Sonnenschein.

X. Neumarkt, 17. März. [Tageschronik.] Auf der Südseite unserer Promenade sind durch Frevlerhände wieder drei schöne Lindenbäume und eine Eiche und in derselben Nacht in den Hospital-Anlagen zum zweiten Male 6 Fichten die Kronen abgebrochen worden. Unser Magistrat hat nunmehr 15 Mark Belohnung für Entdeckung der Baumschneider ausgesetzt. Die letzten großen Stürme haben auch hier Schaden angerichtet, Fenster zertrümmert, Bäume umgeworfen und Dächer beschädigt.

s. Waldburg, 17. März. [Vortrag. — Veteranen- und Krieger-Verein. — Wohlthätigkeits-Vorstellung.] Am Mittwoch Abend hielt Dr. Gras aus Breslau vor einer zahlreichen Versammlung hiesiger Gewerbetreibender Mitglieder einen freien Vortrag über den „Export- und Import-Handel und die Erneuerung der Handelsverträge". Der anderthalbstündige Vortrag wurde von der Versammlung mit dem Beifall aufgenommen. — Der Veteranen- und Krieger-Verein des Waldburger Kirchspiels zählte am Schluß des vergangenen Jahres 934 wirkliche und 8 Ehrenmitglieder. Die gezahlten Beitragsbeiträge beliefen sich auf 1500 Mark, die gewährten Unterstützungen auf 300 Mark. Außer einem Baarvermögen von 3302 Mark besitzt der Verein verschiedene Utensilien im Werthe von 1500 Mark. — Auf Veranlassung der Fabrikbesitzer August und Franz Dinter fand hier gestern Abend vom Festen der durch Ueberschwemmung Verunglückten eine Dilettanten-Vorstellung statt, die äußerst zahlreich besucht war und einen reichen Ertrag eingebracht hat.

Beuthen OS., 17. März. [Zur Tageschronik.] Am Dienstag, den 14. d. M., hat die Kirchengemeinde zu Radzionau ihren hochgeachteten und auch in weiteren Kreisen bekannten Seelforger, Pfarrer Rafalski, durch den Tod verloren. Der Verstorbene, welcher das Alter von 51 Jahren erreichte und seit 16 Jahren seiner Gemeinde vorstand, ist auch in den jetzigen bewegten Zeiten ein staatsreuer Priester gewesen, dem es leider nur wenige Wochen vergönnt war, in dem neubauten, erst vor Kurzem eingeweihten Gotteshaus zu Radzionau zu wirken. Während jedoch diese Pfarrerstelle den erledigten im diesseitigen Bezirke binzutritt, ist zu bemerken, daß über die Befetzung des hiesigen seit zwei Jahren vacanten Pfarramtes immer noch nichts verlautet. Ebenso sind über die Gemeinde-Vorstandswahlen oder über die Gründe deren Verögerung überläßige Mittheilungen noch nicht in die Öffentlichkeit gedrungen. — Die Stadtbeförderung, welche bekanntlich die Beitragspflicht zu den Schul- und Armenkosten bei den Gemeinden im Schwarzwald bestreitet, ist neuerdings von dem Kreis-Schultheiß zu unentgeltlicher Lieferung des Rohmaterials zum Bau eines Schulhauses in Rofumunde verurtheilt worden. In der vorjäh. gleichen Schulaufbauangelegenheit zu Eintracht hätte ebenso bekanntlich auf dem beschriebenen weiteren Infanzwege der Magistrat eine Befreiung von diesen Lasten nicht erreichen, zumal die Stadtgemeinde andauernd als Dominialherrin des Schwarzwald-Terrains betrachtet wird. —

In der Chauffeebau-Angelegenheit des Kreises Beuthen soll nach dem Beschluß der zur Regelung der Vorarbeiten vom Kreisstage niedergesetzten Commission, mit Erwerbungs des Grund und Bodens zum Bau der Chauffee von Ober-Heydn nach Rattow, nunmehr vorgegangen werden. Bezüglich der Straßen im Beuthener Kreise hat indeß die Commission eine zustimmende Erklärung noch nicht erteilt. Die zunächst nöthige Herstellung der Chauffee von Beuthen nach Ragomnik dürfte, nach einer weiteren Verögerung erfahren, was im Interesse des belebten Verkehrs und bei den mehrfach schon erwähnten Mythen der städtischen G. ostraße recht zu be-dauern ist.

Δ Zarnowitz, 17. März. [Mord oder Selbstmord.] Der Gasthausbesitzer G. zu Rallo, hiesigen Kreises, ließ sich einen Tischler aus Beuthen OS. in sein Haus kommen, welcher die Möbel des G. aufpoliren sollte. Heute früh kam der Tischler nicht an seine Arbeit und ging der G., um ihn zu wecken. Wer beschrieb aber das Erschauen und den Schreck des Gastwirths G., als derselbe in das Schlafgemach des Tischlers kam und denselben in seinem Blute, mit mehreren Stichwunden todt in seinem Bette fand?

[Notizen aus der Provinz.] \* Görlitz. Zwischen Hirschfelde und Zittau wurde der Betrieb der Görlitz-Zittauer Eisenbahnstrecke unterbrochen, da das Hochwasser der Neiße den Fahrweg untergrub und ins Ausweichen gebracht hatte. Die Passagiere mußten umsteigen. Da die Wiederherstellung des Dammes sofort in Angriff genommen wurde, so dürfte die Störung in diesem Augenblick bereits beseitigt sein. Im Allgemeinen soll der Schaden, den die Fluthen der Neiße der Eisenbahn zugefügt haben, nicht unbedeutend sein und die Reparaturen werden ein erhebliches Sümchen in Anspruch nehmen.

+ Carolath. Von hier schreibt man dem „Niederösl. Anz." unterm 16. März: Während das Wasser in der Niederungs-Feldmark etwas abgenommen hat, bleibt es in den Oedern im stetem Wachen, so daß bei dem seit Sonntag vorherrschenden stürmischen Wetter der alte Carolath Oedern durch den heftigen Wellenschlag gefährdet ist und die umfassenden Schuttmassregeln besonders in der vergangenen Nacht notwendig wurden. In Betreff des Pferdebahndurchstichs ist nun nach wiederholter Beschwerde der gefährdeten Gemeinden die Zuschüttung desselben polizeilich seitens anbefohlen worden.

Δ Königsbrunn. Die hiesige Zeitung schreibt: Eduard von Gruhl ist endlich entbunden worden. Derselbe hatte im Laufe des vorigen Jahres hioris bei einer großen Anzahl Bürger Subscriptionen auf ein Adreßbuch erzielt und sich die Beträge im voraus bezapfen lassen, ohne daß die Subscribenten für das Geld etwas erhielten. Den Bemühungen des königl. Polizeipräsidiums in Breslau ist es gelungen, denselben, der nebenbei gesagt, durch ein Vertrauen erweckendes Aeußere sehr bescheid, in Freiburg in Schlesien zu entdecken und der königl. Staatsanwaltschaft zu übergeben.

## Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Wien, 17. März. Wie von befreundeter Seite mitgetheilt wird, entbehren die Blättermeldungen von einer Coalition Serbiens mit Montenegro, Rumänien oder Griechenland zu einem Angriffskriege wider die Türkei aller thatsächlichen Begründung.

Verailles, 17. März, Abends. Der Senat erklärte die angefochtenen Wahlen in der Gironde, Lot, Sarthe und Savoyen für gültig und setzte die Berathung der Interpellation über die Münzfrage auf Dienstag fest.

Rom, 16. März. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte zunächst der Minister des Auswärtigen den Handelsvertrag mit Paraguay vor, hierauf gab der Ministerpräsident und Finanzminister Minghetti sein finanzielles Prognost. Nach demselben schloß das Finanzverwaltungsjahr 1875 mit einer Differenz von nur 28 Millionen zwischen Einnahmen und Ausgaben ab, während der Budget von 77 Millionen, den man hierfür in Aussicht genommen hatte und obgleich die Kammer nach erfolgter Genehmigung des Budgets noch weitere 15 Millionen mehr zum Bau von Eisenbahnen und 6 Millionen Rente an Stelle Römischer Obligationen bewilligt hatte. Der Minister wies demnach nach, auf welche Weise man wegen jener 25 Millionen vorgesorgt habe, und knüpfte daran eine Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben von 1875, woraus sich ergebe, daß der Ertrag aller Ausgaben in diesem Wachen begriffen sei und daß auch Ersparnisse im Betrag von 20 Millionen hätten gemacht werden können. Die finanzielle Lage habe sich in Folge dieser Umstände den Voranschlägen gegenüber um 50 Millionen verbessert und zwar durch 30 Millionen Mehreinnahmen gegenüber dem Voranschlag und durch die gemachten Ersparnisse im Betrag von 20 Millionen. Der Minister ging demnach auf das definitive Budget von 1876 über, erörterte, ob außer den in das Budget eingestellten Ausgaben, unter denen sich die Zinsen für das Eisenbahnbau-Capital bereits befinden, noch andere Ausgaben notwendig werden könnten und kam zu dem Schluß, daß das Budget von 1876 den Ausgaben gegenüber eine Mehreinnahme von 10 Millionen ergeben werde. Auch bei der Staats-Schuld-Verwaltung werde der Dienst im Jahre 1876 geführt werden können, ohne daß man von der Kammer weitere Maßregeln zu beantragen nöthig haben werde. Hierauf legte der Finanzminister das Budget von 1877 vor, das in Einnahme 1305, in Ausgabe 1290 Millionen aufweist, mithin einen Ueberschuß von 15 Millionen ergibt. Der Minister hob dabei hervor, daß darin inbegriffen sind 15 Millionen für den Bau von Eisenbahnen, durch welche die Ueberschüsse sich noch erhöhen würden. Die Eventualität, daß die außerordentlichen Einnahmen in Zukunft etwas sich mindern und daß neue Ausgaben notwendig werden könnten, werde durch die naturgemäße Zunahme des Abgabenvertrages paralisirt, eine Zunahme, von welcher die Erfahrung der letzten 3 Jahre lehre, daß sie bedeutend und progressiv steigend sei. Endlich müsse man auch das mutmaßliche finanzielle Ergebnis der neuen Handelsverträge in Betracht ziehen, die voraussichtlich nicht nur dem Staats-Schatz von Nutzen sein, sondern auch den wirtschaftlichen Interessen des Landes Vortheil bringen würden. Nachdem der Minister noch hervorgehoben hatte, daß das Verdict, die künftigen finanziellen Verhältnisse gesichert und befähigt zu haben, ebensoviel der günstigen Stimmung und Lage des italienischen Volks, wie den beständigen Bemühungen des Parlamentes gebühre, kam derselbe endlich auf der Anlauf der italienischen Bahnen, theilte über die bezüglichen Verhandlungen das Erforderliche mit und bestätigte, daß die Belastung des Schatzes wegen des Anlaufes der römischen Bahnen 5 1/2 Millionen betrage, während durch den Anlauf der Südbahn der Staats-Schatz gar nicht belastet werde. Der Minister betonte, daß die Belastung für die oberitalienischen Bahnen im Ganzen auf 6 Millionen sich belaufen werde, daß man aber große Vortheile durch eine Abänderung des Tarifs und durch die Entwicklung des Handelsverkehrs werde herbeiführen können. Die Exploitation der Eisenbahnen sei seiner Ansicht nach der Regierung zu überlassen, mit derselben könne auch ohne irgendwelche Störung für die bestehenden Eisenbahn-Verwaltungen und ohne Präjudiz für die Zukunft begonnen werden, wenn die Regierung sich verpflichte, innerhalb einer Frist von zwei Jahren eine Vorlage bezüglich der definitiven Organisation vorzulegen, wobei das finanzielle Ergebnis in's Budget aufgenommen werde.

(E. Hirsch's telegraphisches Bureau.)

Wien, 17. März. Ein Telegramm des „Tagblatt" aus Konstantinopel meldet, daß zwischen Belgrad und Konstantinopel eine gereizte Correspondenz geführt wird. In Konstantinopel wird behauptet, daß Serbien alle Waffenfähige ausrüste und werden deshalb in Misch und Novi Bazar 50 türkische Bataillone mit 120 Geschützen zusammengezogen.

Wien, 17. März. Abbeccat Dr. Freund ist zum Curator für die Beförderung der Franz-Josephsbahn-Prioritäten von 1867 bestellt, um die Franz-Josephsbahn zu nöthigen, die Coupons in Gold auch in Paris einzulösen und eine mit der Einlösung betraute Zahlstelle zu ernennen.

Berlin, 17. März. Die heutige Börse trug die ausgeprägtesten Symptome der Lustlosigkeit, der Umsatz blieb auf ein Minimum reducirt und demzufolge waren auch die Courschwankungen ganz belanglos. Weder machte sich ein stärkeres Angebot bemerkbar, noch konnte irgendwo genügende Kaufkraft, die der Coursbewegung Anregung nach oben hätte geben können, constatirt werden. Unter solchen Umständen ist es erklärlich, daß auch die Course der Course-reductionen, allerdings von durchaus untergeordneter Natur zu bezeichnen waren. Selbst Eisenbahn-Actien, die sich bisher doch ziemlich beliebt erweist hatten, verfielen dem Abwärtsdruck. Die internationalen Speculationsseffecten eröffneten in schwacher Haltung, befierten jedoch daran die Tendenz etwas, trotzdem der Verkehr auf diesem Gebiete aufs äußerste beschränkt blieb. Fester zeigten sich indeß Oester. Nebenbahnen, von denen nur Kaiser-Oberberger, welche wiederum im Course Einbuße erlitten, eine Ausnahme machten. Die localen Speculationspapiere blieben still, Dorn-



Druck von Graß, Barth u. Comp. (2b. Gieseler) in Breslau.